

Nicht mehr ins Pflegeheim fern der Heimat

Zusätzliche Wohnheimplätze für seelisch Kranke im Kreis geplant – Eingliederung als Ziel

Ludwigsburg. Im Kreis Ludwigsburg sollen 30 weitere stationäre Wohnheimplätze für seelisch Kranke entstehen. Das bisherige Angebot reicht nicht aus, so dass Betroffene teils weit entfernt von ihren Familien und Freunden untergebracht werden müssen.

Von Ralph Gunther Zimmermann

Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt zunehmend. Zugleich sehen sich auch die für den Kreis zuständigen psychiatrischen Kliniken – das Klinikum Ludwigsburg sowie die Psychiatrischen Zentren Weinsberg und Winnenden – immer mehr unter dem Druck der Krankenkassen, Patienten frühzeitiger als bisher zu entlassen. Ein Teil dieser Patienten ist aber nicht im Stande, wieder selbstständig zu Hause zu leben, ihnen droht sonst ein rascher Rückfall.

Für diesen Personenkreis gibt es bisher im Kreis lediglich zwei intensiv betreute stationäre Wohnangebote. Das Psychosoziale Netzwerk (PSN) unterhält zum einen eine Wohnstätte in der Ludwigsburger Königsallee mit 26 Plätzen, zum anderen eine Außenwohngruppe mit sechs Plätzen ebenfalls im Stadtgebiet. Dieses Angebot deckt den Bedarf aber bei weitem nicht. Deswegen sind gegenwärtig 31 Betroffene in Nachbarkreisen und weitere 80 Patienten in teils weit entfernt gelegenen Einrichtungen untergebracht.

Diese heimatferne Unterbringung erschwert den Kontakt der psychisch Behinderten zu ihren zum großen Teil schon betagten Eltern und ihren Freunden, was aus Sicht der Fachleute im Widerspruch zum Ziel der Inte-

gration steht. Zudem sind die Betroffenen, oft außerhalb des Kreises, gegenwärtig bereits im Alter von 22 bis 50 Jahren in Pflegeheimen untergebracht. Dort gebe es nur selten gezielte Angebote zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft – mit der Folge, dass die Betroffenen oft lebenslang im Heim blieben.

Die psychiatrischen Kliniken sowie die Träger der Gemeindepsychiatrie haben sich deshalb bereits gegenüber dem inzwischen aufgelösten Landeswohlfahrtsverband für den Ausbau der stationären Wohnangebote im Kreis eingesetzt. Mittlerweile ist das Landratsamt zuständig, und das hat jetzt vorgeschlagen, rund 30 zusätzliche Plätze zu schaffen. Außerdem soll die stationäre Außenwohngruppe des PSN in eine intensiv betreute, ambulante Wohngruppe umgewandelt werden, so dass insgesamt rund 36 Plätze neu zu vergeben wären.

Der Sozialausschuss des Kreistags hat dem inzwischen auch zugestimmt. Die Investitionskosten sollen über den Pflegesatz finanziert werden. Offen ist damit noch die Trägerschaft und der Standort der Einrichtungen. Das Psychosoziale Netzwerk und die Karlshöhe haben dafür nach Angaben der Kreisverwaltung bereits Konzepte vorgelegt.

Zweiter Träger wäre „irritierend“

Das PSN plant nach Angaben seines Geschäftsführers Stefan Blank eine Einrichtung mit rund 30 Plätzen, in der Menschen mit Psychosen aus dem schizophrenen Formenkreis sowie Patienten mit der Doppeldiagnose Psychose und Sucht betreut werden sollen. Für die Trägerschaft des PSN spreche dessen Erfahrung mit diesem Personenkreis, sagt Blank. Als Träger stationärer und ambu-

lanter Einrichtungen verfüge man über eine gebündelte Kompetenz, zudem könne man eine Betreuung aus einer Hand anbieten.

Als Standort favorisiert das PSN Ludwigsburg. Dafür spreche die zentrale Lage und die gute Erreichbarkeit, die Nähe zur Werkstätte für Behinderte und zur Klinik sowie das dichte Netz an ambulanten Fachärzten. Ein geeignetes Grundstück habe er bereits ausfindig gemacht, sagt Blank. Weil ein Neubau Zeit kostete, denke man aber an eine Übergangslösung. „Irritierend“ fände es der Geschäftsführer, wenn auf dem Spezialgebiet der PSN ein zweiter Träger zum Zuge käme.

Angebot für Suchtkranke

Von der Karlshöhe zumindest scheint dem PSN keine Konkurrenz zu drohen. Die diakonische Einrichtung, die gegenwärtig 40 psychisch Kranke ambulant betreut, prüft die Einrichtung von zehn stationären Behandlungsplätzen für mehrfach geschädigte Abhängigkeitskranke auf der Karlshöhe – eine dritte Patientengruppe, für die ein Teil der 36 Heimplätze vorgesehen ist.

Wie viele neue Plätze exakt geschaffen werden, solle erst entschieden werden, wenn die Räumlichkeiten und die Konzepte feststünden, sagt die Leiterin des Bereichs Sozial- und Jugendhilfe im Landratsamt, Beatrix Spether. Neben Ludwigsburg kämen andere gut erreichbare Standorte in Frage. Die neuen Einrichtungen sollten in Wohngruppen gegliedert sein, weil dort die alltagspraktischen Fähigkeiten besser trainiert werden könnten. Ziel der Betreuung müsse es sein, die Patienten auf ein selbstständiges Leben vorzubereiten. In Betrieb gehen könnten die Einrichtungen wohl frühestens Ende 2007.



Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt.